

Samstag, 06. Juni 2020, Bad Vilbeler Neue Presse / Lokalredaktion

Verschärfte Regeln und kürzere Fristen: Seit gut einem Monat ist die neue Düngeverordnung in Kraft. Auch für Wetterauer Bauern bedeutet das nicht nur mehr Aufwand, sie fürchten auch Ertrags- einbußen und zusätzliche Ausgaben.

VON ANNA-LUISA HORTIEN

»Wir haben Angst um die Zukunft«



Wetteraukreis. Weizen und Rüben sind bereits gedüngt. Die nächste Fuhre Gülle kommt bei Holger Starck erst im August auf die Felder - unter neuen Bedingungen. Denn seit dem 1. Mai gilt für den Landwirt aus Nieder-Florstadt die neue Düngeverordnung. Sie soll helfen, die Nitratgehalte im Grundwasser zu reduzieren. Für Starck bedeutet sie vor allem eine zusätzliche Belastung.

Im Vorfeld hatte er deshalb - wie viele andere Landwirte - demonstriert, um auf seine Bedürfnisse aufmerksam zu machen. »Leider waren die Proteste ohne Erfolg«, sagt Andrea Rahn-Farr, Vorsitzende des Regionalbauernverbands Wetterau-Frankfurt.

Seit dem 1. Mai gilt eine Vielzahl neuer Auflagen. Etwa bei der Dokumentation. Die sei wichtig und werde auch bisher schon gemacht, sagt Rahn-Farr. »Jedoch ist das umso schwieriger, je komplizierter die Regeln sind.« Die neue Verordnung enthalte eine Fülle von Fristen, Daten, Ober- und Untergrenzen. So müssen Landwirte spätestens zwei Tage nach der Düngung genau aufzeichnen, was sie wo und in welcher Menge gedüngt haben. Außerdem müssen sie ein Weidetagebuch führen. »Es muss, überspitzt gesagt, jeder Kuhfladen gezählt werden«, sagt Rahn-Farr. Für Fehler in der Dokumentation drohen bis zu 50 000 Euro Strafe.

»Es ist für die Bauern fast unmöglich, neben der Arbeit auf dem Feld und im Stall diese Anforderungen komplett zu erfüllen.« Zu einem 14- oder 16-Stunden-Tag komme dann noch eine weitere Stunde Dokumentation hinzu. »Das ist selbst bei kleineren Betrieben ohne digitale Hilfsmittel fast nicht zu schaffen.«

Die Zeiten, in denen kein Dünger aufgetragen werden darf, haben sich durch die Novellierung verlängert. Diese Sperrfristen hält Rahn-Farr für unnötig. Es ist nur ein Punkt von vielen, über die sie sich ärgert. »Gerade im Winter kann die Ausbringung auf gefrorenen Böden schonend erfolgen.« Auch das falle durch die neue Verordnung weg. »Wenn es ganz schlecht läuft, kann im Frühjahr gar nicht gedüngt werden. Mit bitteren Konsequenzen für das Wachstum der Pflanzen.«

Denn: »Dünger ist die Nahrung der Pflanzen.« Durch die Ernte entziehe man dem System Boden Nährstoffe. »Die befinden sich in den Pflanzen, die wir essen.« Sie müssten wieder aufgefüllt werden. Durch Dünger.

»Wir Landwirte haben Angst um unsere Zukunft«, sagt Rahn-Farr, die ihren Betrieb in Büdingen hat. Besonders groß sei die Sorge in den roten Gebieten. Das sind Regionen, die eine starke Grundwasserbelastung aufweisen. Für sie gelten ab Januar zusätzliche Regeln (siehe Artikel unten). Die Einhaltung kontrolliert der Fachdienst Landwirtschaft beim Wetteraukreis.

Auch die Felder von Landwirt Starck in Florstadt liegen in roten Gebieten. Ab dem kommenden Jahr muss er dort um 20 Prozent unter dem zuvor ermittelten Düngebedarf für seine Felder bleiben. »Damit wird sich mein Ertrag verringern«, sagt er. »Ich kann nicht ausschöpfen, was der Boden hergibt.« Einnahmen gehen verloren. »Und wir verdienen sowieso schon nicht viel.«

Rahn-Farrs Überlegungen gehen noch weiter: »Was wird sein, wenn die Regeln nicht greifen - weil man etwa an den falschen Stellen die falschen Werte ermittelt oder weil die Landwirtschaft gar nicht den entscheidende Einfluss ausgeübt hat? Kommt eine weitere Verschärfung? Oder kauft man auf dem Weltmarkt einfach so viele Erzeugnisse zu, wie man hier nicht mehr produzieren kann?«

Für die roten Gebiete gilt außerdem, dass das Düngen im Herbst künftig nur noch in Ausnahmefällen möglich ist. »Das heißt, ich muss Gülle mehrere

Monate lagern«, sagt Starck. »Dafür müssen erst mal Kapazitäten geschaffen werden. Das kostet.« Das könne dazu führen, dass noch mehr seiner Kollegen die Viehzucht aufgeben oder ganz aus der Landwirtschaft aussteigen, vermutet Starck. »Auch ich weiß nicht, wie wir die Kosten wieder reinholen sollen.«